



Solidarität hilft siegen

ROTE HILFE

2. Jg. Nr. 9

Dezember 1974

50 Pfennig

Gesetzesentwürfe der Bundesregierung:

Massive Entrechtung im Strafprozeß

Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Landespolizei überfielen am 27. 11. 74 hundert Wohnungen und nahmen zahlreiche Menschen in Haft. Die Durchsuchungen und Verhaftungen sollten den "starken" Staat in Aktion zeigen. Maihofer, Schwarz usw. mussten doch in ihrer Sendung "Baader, Meinhof-Wie gross ist die Gefahr?" etwas zu bieten haben. Versuchten sie sich doch mit dieser Aktion als überlegene Strategen zu zeigen. Nun es war ein einziges Flehen an die Bevölkerung doch mitzuziehen und die reaktionären Maßnahmen zu billigen. Es war ein Angriff gegen die Verteidiger der RAF, denen unterstellt wird, sie seien die eigentlichen Drahtzieher, es war eine massive Einschüchterung der Intelligenz, um eine Solidarisierung zu verhindern. Ihr Ziel, rasch die Gesetzesentwürfe durchzupfeitschen, die eine Verteidigung nach bürgerlich rechtlichen Grundsätzen unmöglich machen:

Verhandlung ohne den Angeklagten
Gerichtsverhandlungen sollen künftig auch dann durchgeführt werden können, "wenn der Angeklagte seine Verhandlungsunfähigkeit - beispielsweise durch Hungerstreik - selbst herbeigeführt hat". Im Januar diesen Jahres mußte noch das aufwendige Verfahren gegen Astrid Proll abgebrochen werden, weil sie infolge der jahrelangen Isolierhaft physisch und psychisch ruiniert war. Zukünftig will man in solchen Fällen das Verfahren trotzdem fortsetzen; denn wenn man sich die lügenhaften Beteuerungen der Justizminister, es gäbe "keine besonderen Vollzugsbedingungen, insbesondere keine Isolationsfolter", vor Augen hält, dann ist klar, daß die Klassenjustiz niemals zugeben wird, daß die Verhandlungsunfähigkeit eines Gefangenen auf seine Haftbedingungen zurückzuführen ist. Der Hinweis auf den Hungerstreik ist blanke Zynismus, wenn man bedenkt, daß damit gerade gegen menschenvernichtende Haftbedingungen protestiert wurde, die die Justizminister mit einem Federstrich aufheben können!

Kontrolle der Gespräche mit dem Verteidiger

Die Gespräche des Untersuchungshäftlings mit seinem Verteidiger sollen in Fällen schwerer Kriminalität und bei Staatsschutzdelikten von einem Richter kontrolliert

werden. Voraussetzung dafür ist die schlichte Behauptung des Richters, es lägen 'Anhaltspunkte' für einen Mißbrauch vor. Bisher wurde durch Zellendurchsuchungen, Beschlagnahme der Verteidigerpost und Durchsuchungen von An-

waltsbüros versucht, Beweise für die Anklage zu sammeln und die Strategie der Verteidigung zu ermitteln. Das soll künftig noch weitreichender und einfacher geschehen: Durch offizielle Bespitzelung. Die Grundlage jeder Verteidigung ist damit vollends zerstört.

Ablehnung von Erklärungen und Beweisanträgen der Verteidigung
Das Gericht soll das Recht des Verteidigers zur Abgabe von Erklärungen und das Recht, Beweisanträge zu stellen, beschneiden können, wenn es der Ansicht ist, sie gehörten nicht "zur Sache". In einem Kölner Prozeß gegen Antifaschisten, die die NPD an

(Forts. S. 7)

4 Pferdefüße

Verwirrung herrscht. Laut Bundesinnenminister Maihofer. Da gibt es nun 2 Staatsdokumentationen über Terror, über seine Hintermänner in den Zellen, die "alles lenken" und glänzende Haftbedingungen haben, über die Rechtsanwältinnen, die als "Verbindungsleute" durchs Land reisen - und trotzdem fliegen die Journalisten auf Äußerungen von Jean-Paul Sartre zur Isolationsfolter und verbreiten sie. Da vergeht keine Woche, in der nicht führende Hüter von Recht und Ordnung stundenlang im Fernsehen bedenkenswerte Ausführungen machen - und immer sucht Maihofer noch nach dem lebendigen Beweis der "Solidarität aller Demokraten", nach der Massenbewegung, die ihn als liberalem Lockvogel auf den reaktionären Leim gehen soll. Nun, wenigstens in den Reihen der bürgerlichen Parteien hat er seine Freunde - der Streit ums richtige taktische Konzept wurde hinter die Kulissen verlegt.

Warum lassen sich die Arbeiter und Werktätigen nicht für die reaktionäre Front gegen die "niederträchtigen Kriminellen" mobilisieren? Wo liegt der Herdenuß?

● Nun, zunächst einmal darin, daß die Aktionen der RAF nicht für die Arbeiter und Werktätigen, sondern für Maihofer und seine staatssträger Kollegen bedrohlich sind. Die RAF greift das staatliche Gewaltmonopol an. Und wer eilt schon einem Staat zu Hilfe, der vorgab, gegen "höchstens 200 Anarchisten" eine militärische Bewaffnung der Polizei, 25000 Bundesgrenzschutzsoldaten mit Panzern und Kanonen sowie dutzende Mobiler Einsatzkommandos zu brauchen? Wer hilft schon denen, die ihn und weit weitere 800 000 als Arbeitslose in ihrem Krisenprogramm eingeplant haben? Wer hilft schon den Repräsentanten des Unternehmertums, der Behörden, der Klassenjustiz, mit denen er sich gestern, heute und morgen um seine minimalsten

(Forts. S. 6)

Sofortige Freilassung von Hanns Marzini!

Der österreichische Arbeiter Hanns Marzini, Mitglied der KPD, sitzt wegen Teilnahme an der Demonstration gegen den NPD-Bundesparteitag in München seit dem 12. Oktober in Untersuchungshaft.



Unsere Zeitung berichtete darüber wie die Polizei diese Demonstration gezielt provozierte und dann überfiel, wie zum xten Male die braune Pest unter Polizeischutz

gestellt und die Antifaschisten vom Staat verfolgt wurden. Nachdem 3 Antifaschisten inzwischen wieder freigelassen werden mußten, ist die Haftbeschwerde des Genossen Marzini abgelehnt worden - gestützt auf die Aussagen von Polizeizeugen, die natürlich darauf aus sind, mit ungeheuren Anschuldigungen den Überfall auf die friedliche und genehmigte Demonstration nachträglich zu rechtfertigen!

Das Landgericht München schreibt in seinem Ablehnungsbeschluss: "Es besteht Fluchtgefahr. Der Beschuldigte ist Ausländer, sodaß der Anreiz, sich in seine Heimat abzusetzen, groß ist, zumal für ihn als 'überzeugten Kommunisten' keine besonderen Grün-

(Forts. S. 2)

Forts. Hanns Marzini

de bestehen dürften, sich weiterhin im Bereich der BRD aufzuhalten... Im Klartext heißt das: Ausländer sind rechtlos, in der Krise zu nichts mehr nütze und haben als Kommunisten erst recht zu verschwinden. Hanns Marzini ist Hauptmieter einer Wohnung. Das Gericht erklärt diese Wohnung zur "Kommune", die "nahezu das Gegenteil eines festen Wohnsitzes" sei. Weil die Kapitalisten der Firma Agfa H. Marzini wegen der "zu erwartenden langen Untersuchungshaft" kündigten, kann das Gericht auch die Feststellung treffen: "Ohne festen Wohnsitz".

Das Solidaritätskomitee für die sofortige Freilassung des Arbeiters H. Marzini wird mit der tatkräftigen Unterstützung der ROTEN HILFE Mitte Dezember in München eine Großveranstaltung durchführen und das Zusammenspiel von Polizei, Kapitalisten und Klassenjustiz bei der Verfolgung von Antifaschisten und Kommunisten anprangern. Weil sich die Faschisten mit Billigung oder offenem Wohlwollen der bürgerlichen Parteien immer weiter hervorwagen, müssen wir in diesem Kampf den Beweis führen, daß sich Antifaschisten das Recht auf die Straße

Faschistentreiben

Neofaschisten aus der ganzen BRD trafen sich am Freitagabend zu einer Hetzkundgebung in Diez an der Lahn. Hinter einem riesigen Bild des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß zogen sie mit Fackeln, schwarz-weiß-roten Fahnen, neofaschistischen Gesängen und Parolen durch die Stadt zum Gefängnis, um die Freilassung eines dort einsitzenden NS-Verbrechers zu fordern, der wegen Massenmords an Juden verurteilt ist.

Auf ihrem Zug durch die Stadt schrien sie „Nieder mit der Republik“, „Es lebe das Deutsche Reich“ und „Fegt ihn weg, den roten Dreck“. Die Polizei, die während der ganzen Kundgebung zugegen war, schritt gegen die volksverhetzenden und neofaschistischen Parolen nicht ein. Die Kundgebung war von der CDU-Regierung des Landes Rheinland-Pfalz genehmigt worden...

(Aus: "Die Tat" v. 7. 12. 74)

nicht nehmen lassen, erst recht nicht angesichts der Polizeiübergriffe und der angedrohten Einschränkung des Demonstrationsrechts.

Antifaschisten! Schreibt an Hanns Marzini, 8 München 90, Stadelheimerstr. 12 (JVA).

Spenden gehen auf das Konto ROTE HILFE 001 096 214 Stadtpark. Dortmund der ROTEN HILFE (Kennwort: Hanns Marzini).

OG München

Impressum:

Hrsg.: Zentralvorstand der ROTEN HILFE, 46 Dortmund, Burgholzstr. 13, Tel. 0231/813763 Mo-Fr 18-19

Verantw. i. S. d. PresseG: R. Pohl, 46 Dortmund, Burgholzstr. 13

GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE IN BREMEN:

„Auftrag erfüllt!“

"Auftrag erfüllt!" So lautete die Meldung, die vor 14 Tagen die drei von der Gewerkschaftsführung eingesetzten Mitglieder einer "Untersuchungskommission" nach § 30 der IGM-Satzung an die Ortsverwaltung erstatten konnten. Denn mit 3 Stimmen gegen die beiden Stimmen der von den Betroffenen benannten Beisitzer hatten sie gerade beschlossen, dem Hauptvorstand der IG Metall den Ausschluß von 4 Kollegen der Bremer Vulkan-Werft anzuempfehlen. Im Juni war das Verfahren gegen Heinz Scholz (Betriebsrat, Vertrauensmann, Mitglied der Vertreterversammlung), H. Elster (Mitglied der Jugendvertretung), H. Koldehove (Vertrauensmann) und D. Bachmann eingeleitet worden. Damals brauchten die Gewerkschaftsführer 14 Tage, um ganze 16 Unterschriften unter ihre Ausschlußanträge zu bekommen, Unterschriften für die arbeiterfeindliche Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Kein Wunder, daß dann auch nur Leute wie der SPD-Betriebsgruppenvorsitzende Büsing unterschrieben.

Warum sollen die Kollegen ausgeschlossen werden? Nur ein Beispiel: Die Ortsverwaltung wirft H. Scholz vor, er habe am letzten Tag des Streiks im März diesen Jahres auf einer "öffentlichen, nicht gewerkschaftlichen Versammlung vor dem Lobbendorfer Tor der Vulkan-Werft gewerkschaftsschädigende Äußerungen getan" und die "Kollegen Loderer und v. Steeg (Bez.-Vors) diffamiert".

Was ist an diesem Vorwurf dran? H. Scholz hatte auf einer Protestversammlung, die aufgrund eines Beschlusses des Vertrauensleutkörpers einberufen worden war, den Lohnraubabschluß verurteilt, der von über 80 % der Vulkanesen abge-

lehnt wurde, weil er nur 12,25 % brachte. Scholz hat verurteilt, daß die Gewerkschaftsführung diesen Abschluß gegen den Willen der Mitglieder betrieben hat, daß sie mit der Ausstellung von 250 "Notausweisen" und dem vorzeitigen Abzug von Streikposten organisierten Streikbruch begangen hat. Er hat unter dem tosenden Beifall der 2000 Kollegen den Loderer, v. Steeg und Weinkauf (örtlicher Bonze) vorgehalten, daß sie die Interessen der Arbeiter und Gewerkschafter verraten haben, und angekündigt, er werde gegen die einen Ausschlußantrag stellen. Diesen Antrag haben 1000 Vulkanesen und weitere 300 Kollegen einer anderen Werft mit ihrer Unter-



Heinz Scholz

schrift unterstützt!

Was auch nach dem jüngsten Schritt der Bonzen die Meinung der Kollegen ist, hat die Kranführer-Branche deutlich gemacht: Sie beschloß, daß Scholz und Koldehove weiterhin ihr Vertrauensleute bleiben. Und auf einer Branchenversammlung der Dreher wurden 2 der Antragsteller dem SPD-Betriebsgruppenvorsitzenden Büsing und einem weiteren SPD-Vertrauensmann, von den Kollegen das Mißtrauen ausgesprochen!

Das sind Beispiele dafür, daß es möglich ist, die sozialdemokratische Politik des Ausschlußerrors zu durchkreuzen, wenn die Kollegen die Solidarität organisieren.

Unsere Ortsgruppe, die Anfang September die Arbeit aufnahm, hat es noch nicht genügend verstanden, über Unterschriftensammlungen hinaus schnell und energisch einzugreifen und die Kollegen dabei zu unterstützen, der Gewerkschaftsführung das Heft vollständig aus der Hand zu nehmen. In Betrieb und Gewerkschaft, in den Branchen und Abteilungen, in Betriebsversammlungen, im Vertrauensleutkörper und der Vertreterversammlung muß die Organisierung der empörten Kollegen verstärkt werden. Den Kampf gegen diese Ausschüsse nach dem alten Verfahren werden die Bremer Arbeiter zugleich unter der Forderung "Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen fallen!" führen. Ein Komitee gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ist gegründet. Klassenbewußte Arbeiter - Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilose - schließen sich hier zusammen, um gegen die Gewerkschaftsführung das Recht und die Interessen der Arbeiterschaft zu verteidigen.

OG Bremen



IGM-Demonstration in Bremen kurz vor Streikende im März 1974

BERUFSVERBOT FÜR J. MAYR BESTÄTIGT

Das Verwaltungsgericht Hamburg entsprach ein Jahr nach dem von der Schulbehörde ausgesprochenen Berufsverbot und Hausverbot für alle Hamburger Schulen dem Klasonauftrag der Bourgeoisie: Klhängung eines Berufsverbots

gegen die Lehrerin Johanna Mayr wegen Zugehörigkeit zur KPD. Das macht nur allzu deutlich, welche Angst diese Herren davor haben, daß der Verhetzung und der ständigen volksfeindlichen Beeinflussung in den Schulen die Klassenwirklichkeit und die sozialistische Perspektive als einzige Alternative gezeigt wird.

Sie schlachten dafür sogar eine heilige Kuh - die im Grundgesetz garantierte freie Berufswahl.

Mit einer 3. und 4. Kündigung versucht die Gießener Allg. Zeitung den Schriftsetzer und Landtagskandidaten der KPD, H. Planz, loszuwerden. Die Kündigungen Nr. 1 und 2 mußten zurückgenommen werden.

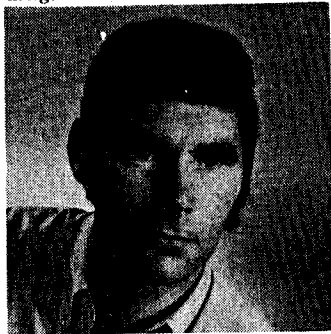
Dritter Kündigungsversuch

Dem Genossen Heinz Joachim Treyz, Arbeiter und Vertrauensmann in der Münchener Firma Amphenol, wurde zum 31. 12. mit der Begründung "Arbeitsmangel" gekündigt. Dies ist der dritte Versuch, den Kollegen von seinem mutigen Eintreten gegen die laufende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzubringen und ihn loszuwerden.

Vor einem Jahr wurde H. J. Treyz seines Postens als Gruppenleiter der Wareneingangskontrolle entoben - obwohl ihm zuvor ein Zwischenzeugnis über ausgezeichnete Arbeit ausgestellt worden war. Dieser Absetzung war allerdings eine Betriebsversammlung vorausgegangen, auf der sich Gen. Treyz gegen die Diffamierung kranker Arbeiter und Angestellten ausgesprochen hatte.

Nach der nächsten Betriebsversammlung - Gen. Treyz hatte gegen den Lohnraub gesprochen und für Presserei, Stanzerei und Dreherei bessere Arbeitsbedingungen gefordert - eine mündliche Verwarnung wegen "schlechter Arbeitsleistung". Gleichzeitig untersagte Treyz' direkter Vorgesetzter Fürstenau dem Kollegen, sich als gewählter Vertrauensmann gewerkschaftlich zu betätigen!

Nachdem das alles den Genossen nicht davon abhielt, für die Interessen seiner Kollegen einzutreten, wird heute als Grund "Arbeitsmangel" vorgeschoben, um die Kündigung hinzukriegen. 4 Monatsgehälter wurden H. J. Treyz angeboten, wenn er seine eingereichte Arbeitsklage zurückziehe. Als er das ablehnte, wurde er mit sofortiger Wirkung zwangsbeurlaubt. Begründung: "Keine Arbeit".



Daraufhin rief die ROTE HILFE dazu auf, den Genossen auf der am gleichen Tage stattfindenden Betriebsversammlung zu unterstützen. Der Geschäftsleitung saß die Angst vor der Solidarität der Belegschaft sofort im Nacken: Sie erteilte H. J. Treyz mit sofortiger Wirkung Hausverbot, verrammelte

alle Nebeneingänge und postierte den Personalleiter Gröppner als Wache am Haupteingang.

Der Gewerkschaftsvertreter Lupus - über die Vorgänge genau informiert - solidarisierte sich an keinem einzigen Punkt mit dem gekündigten Kollegen, sondern beschimpfte die ROTE HILFE als eine gewerkschaftsfeindliche Organisation und "bedauerte", daß der Kollege sich an uns gewandt hatte. Es sei zu überlegen, ob der DGB in diesem Fall überhaupt noch Rechtsschutz gewähren könne.

Allerdings ist es die ROTE HILFE und nicht die Gewerkschaftsführung, die auch hier wieder die Kollegen mobilisiert und die Solidarität herstellt, damit Arbeiter, die sich für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen, nicht aus dem

Betrieb hinausgerationalisiert werden können.

Am 25. November fand vor dem Arbeitsgericht ein Sühneversuch statt. Er scheiterte, weil Gen. Treyz auf seinem Arbeitsplatz bestand. Das Spaltertum und die asoziale Verhaltensweise, die die Kapitalistenklasse besonders jetzt angesichts der Arbeitslosigkeit an den Tag legt, fand im Gerichtsbeschuß seine "würdige" Fortsetzung: H. J. Treyz soll für die Hauptverhandlung am 15. Januar den Beweis erbringen, daß die Kündigung "sozial ungerechtfertigt sei". Mit anderen Worten: Er soll seinen Arbeitsplatz nur dann behalten, wenn einem anderen Kollegen gekündigt werden kann. Eine deutliche Sprache, mit der die Justiz selbst offenbart, daß sie Klassenjustiz ist! Sofortige Zurücknahme der Kündigung des Kollegen Treyz!

OG München

Arbeitslose! Unsere Forderungen

Profite und noch mal Profite streichen die Kapitalisten ein durch die Ausplünderung der unterdrückten gehaltenen Völker - so plant Daimler-Benz ein Lastkraftwagenwerk in Chile, die AEG Kapitalisten verhandeln über ähnlich grosse Projekte mit dem Faschisten Pinochet - sowie durch die Ausbeutung der Arbeiter und Werktätigen im eigenen Land. Die Devise der Kapitalisten lautet: Wenn sich die Arbeiter und Werktätigen nicht den vom Kapital gestellten Bedingungen beugen, dann wächst die Arbeitslosigkeit!

Hier macht sich Bundeskanzler Schmidt besonderes verdient für die Monopolbourgeoisie, Erhöhung der indirekten Steuern, persönliches Eingreifen in die ÖTV-Tariffrage, sowie die gemeinsamen Absprachen mit der Gewerkschaftsführung in der konzertierten Aktion. Die Gewerkschaftsführung singt das gleiche Lied, Loderers Empfehlung an die Arbeiterklasse: haltet euch an Schmidt und es wird euch besser gehen!

Wir aber wissen, dass die Arbeitslosigkeit weder von SPD noch von der CDU beseitigt werden kann und sie daran auch gar kein Interesse haben, denn die Ursache liegt im kapitalistischen System selbst.

Solange die Profitgier der Kapitalisten über die Gesellschaft herrscht, wird es immer Arbeitslosigkeit geben, die in wirtschaftlichen Krisen besonders zu Tage tritt. Erst wenn die Arbeiter diese Gesellschaft nach ihren Interessen leitet, erst wenn die Bedürfnisse der Arbeiter an erster Stelle stehen, wird es eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, den Sozialismus, geben.

Insbesondere in Krisenzeiten, wo die Kapitalisten mit aller Macht versuchen, die Arbeiter und Werktätigen zu spalten, sie gegeneinander auszuspielen, sie einzuschüchtern und versuchen zu verhindern, dass sie sich zusammenschließen, muss die Arbeiterklasse zusammenhalten, muss sie sich mit den Erwerbslosen, ihren Familien und den ausländischen Arbeitern zusammenschließen.

Deshalb schmiedet die ROTE HILFE die geschlossene Front der Ausbeuteten und Unterdrückten gegen die Spaltung, politische Unterdrückung und materielle Not für den Sozialismus, unter folgenden Forderungen:

SOFORTIGE AUSZAHLUNG DES ARBEITSLÖSUNGSGELDES !

ARBEITSLÖSUNGSGELD FÜR DIE GESAMTE DAUER DER ARBEITSLÖSUNG !

AUSZAHLUNG DES ARBEITSLÖSUNGSGELDES AN ARBEITSLÖSE IN ZEITEN VON STREIKS !

KEINE SPERRZEITEN !

ÜBERNAHME DER VOLLEN ARBEITSLÖSENVERSICHERUNG ! DIE KAPITALISTEN !

KEINE EXMITIERUNG .

MIET- UND LEBENSMITTELZUSCHÜSSE AN DIE ARBEITSLÖSEN ! KEINERLEI BENACHTEILIGUNG FÜR JUGENDLICHE, FRAUEN, AUSLÄNDISCHE ARBEITER !

GLEICHES RECHT FÜR MÄNNER UND FRAUEN !

GLEICHES RECHT FÜR DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER ! KEINE ÜBERSTUNDEN !

Erster Erfolg im Kampf für die türkischen Patrioten:

Himmel Subasi ist frei !

Nach über einem Jahr widerrechtlicher Untersuchungshaft ist der türkische Patriot Himmel Subasi am 28. 11. in Frankfurt freigelassen worden. Der türkische Genosse Yildirim Dayveli, ebensolange inhaftiert, kämpft noch immer darum, daß seine U-Haft aufgehoben wird. In einem Hungerstreik hatten die beiden Patrioten darauf aufmerksam gemacht, daß die "Ermittlungen" der Staatsanwaltschaft seit Mai (!) abgeschlossen sind, ohne daß bisher eine Anklageschrift vorgelegt werden konnte. Gemeinsam mit der ATÖF traten viele deutsche und ausländische Organisationen, darunter die ROTE HILFE, für die Freilassung der türkischen Patrioten und die Veröffentlichung der Anklageschrift ein. Die Freilassung Subasis ist ein erster Erfolg dieses Kampfes!

Vor einem Jahr wurden in verschiedenen Städten - so auch in Köln - Verhaftungen durchgeführt, um dem Kampf türkischer Organisationen und Patrioten in der BRD für die Befreiung ihres Volkes vom Joch des Imperialismus einen Schlag zu versetzen. Besonders infam bereitete die deutsche Polizei in Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst die Verhaftungen vor: H. Subasi und Y. Dayveli wurde in Konstanz ein Paket mit Waffen und Sprengstoff untergeschoben, das sie "einem türkischen Freund" nach Frankfurt mitbringen sollten, ohne daß ihnen der Paketinhalt bekannt war. Der "Freund" in Frankfurt war ein Polizeiaufgebot, das sie als "Mitglied einer kriminellen Vereinigung" festnahm.

Wie hat die ROTE HILFE gekämpft? Zusammen mit den Teilnehmern eines Solidaritätshungerstreiks im "Haus der Jugend" malten die Genossen H. akate. Insbesondere den türkischen Kollegen in Bank-

furt wurde durch Hausbesuche der Kampf bekanntgemacht.

Die Hungerstreikenden wurden medizinisch überwacht und mit Tee und Decken unterstützt.

Auf einer Veranstaltung, zu der etwa 150 Menschen kamen, berichteten die Genossen der ATÖF über die Klassenkämpfe in der Türkei. Wie andere Organisationen rief auch die ROTE HILFE die Versammelten zur entschlossenen Solidarität mit den türkischen Patrioten auf.

Trotz Verbots führte unsere Ortsgruppe am Tag der Freilassung H. Subasis mit anderen Organisationen eine Kundgebung in deutscher und türkischer Sprache vor dem Gefängnis in Preungesheim durch. Die Nachricht von der Freilassung Subasis löste unter den Gefangenen große Freude aus.

Jetzt kämpfen wir gestärkt für die Freilassung der übrigen türkischen Patrioten.

OG Frankfurt

Kreuzberger Arbeiter mißhandelt

eter Hänisch, Arbeiter, 36 Jahre t, repariert um ca. 20 Uhr den ißboden seiner Wohnung. Das un- rmeidliche Hämmern veranlaßt ne Mieterin, die Polizei zu rufen. s Dieter H. öffnet, stürzen die lizeioberwachmeister Prauss d Behrend in seine Wohnung. ch einem heftigen Wortwechsel ht einer von ihnen seine Pistole, e nicht durchgeladen ist, und ückt ab. Als der Polizist wieder f Dieter H. anlegen will und rchläßt, ergreift dieser, nun- ehr in Panik geraten, sein Zim- ermansbeil und fordert den Po- zisten auf, die Pistole einzustek- n. Der Polizist tut dies und Die- r H. legt sein Beil aus der Hand. diesem Augenblick stürzen sich e beiden Polizisten auf ihn und hlagen ihn zusammen. Als er llios auf dem Boden liegt, treten e ihn überdies mit Füßen und hlagen ihm sein eigenes Beil auf n Kopf. Dann schafften sie ihn in ne Zelle des Polizeireviers 108 der Wrangelstraße. Trotz der fenstertüchler schweren Verletzun- n und trotz seiner häufigen Bit- n wurde Dieter H. erst nach 3 unden ins Urbankrankenhaus ge-

bracht. Dort wurden außer schwe- ren Prellungen und einer Platz- wunde am Kopf ein zertretener Hoden festgestellt. Dieser mußte sofort operativ entfernt werden. Aus Angst vor der Konsequenz ih- res brutalen Einsatzes drehten die Polizisten die Tatsachen einfach auf den Kopf und stellten ihrer- seits Anzeige wegen versuchten Totschlags.

Das Vorgehen der beiden Poli- zisten ist kein Einzelfall, ähnli- ches ist im Arbeiterviertel Kreuz- berg schon oft passiert. Dabei wird immer nach dem gleichen Schema verfahren: Polizisten miß- handeln jemand und zeigen anschlies- send das Opfer an, um der eigenen Bestrafung vorzubeugen oder zu entgehen.

Dieter H. ist jetzt in U-Haft. Sein Prozeß soll im Januar statt- finden. Er verlor seine Arbeits- stelle. Seine Sehkraft hat infolge des Schlags auf den Kopf stark nachgelassen. Auch im Knast setzten sich Schikane und Unter- drückung fort: Schon im Gefängnis in Tegel hatte ein Wärter gedroht und ihm mit auf den Weg ins Moa- biter Gefängnis gegeben: Dort weht ein anderer Wind, da fliegst du erst einmal die Treppe hinunter. Das blieben keine leeren Worte. Gleich am ersten Abend beschimpf- ten ihn seine Wärter, später schalt- eten sie das Licht ständig aus und ein und beobachteten ihn dabei durch den Spion in der Zellentür. Um sei- ne Ruhe zu haben, verstopfte Dieter den Spion mit Papier. Kurz danach stürzten 4 Wärter in seine Zelle und verprügelten ihn. Unter Tritten und Schlägen schleiften sie ihn in den

"Bunker".

Trotz allem hat Dieter H. nicht resigniert, sondern ist entschlos- sen, zusammen mit seinem Anwalt, der ROTEN HILFE und allen ande- ren, die ihn unterstützen wollen, sein Recht zu erkämpfen!

In unserer bisherigen Arbeit hierzu hat unsere Ortsgruppe die Erfahrung gemacht: In den Häusern und Kneipen Kreuzbergs ist die Brutalität der Polizei bekannt und stößt auf Empörung. So wurden uns weitere Adressen von Opfern der Polizei desselben Reviers gegeben. Viele bejahen unser Vorgehen, aber die meisten haben Angst, selbst offen dagegen aufzutreten und mei- nen, durch Wohlverhalten für sich das Beste zu erreichen. Trotz guter Fortschritte gibt es deshalb bisher noch kein Massenkomitee. Doch so wie in den letzten 5 Jahren aus Gleichgültigkeit Empörung ge- worden ist, wird aus Empörung praktische Solidarität werden. Weil die herrschende Klasse täglich brut- aler vorgeht und bei der Aufrüstung und dem Einsatz der Polizei keinen Schritt zurückmacht, weil sie im Gegenteil mit der Einführung des Blockwartsystems bei der Umstruk- turierung der Polizei in Westberlin die Unterdrückung perfektioniert. werden in Kreuzberg und anderswo sich die Menschen, voran die Arbei- ter, um jeden erschossenen, nieder- geschlagenen, mißhandelten Klassen- bruder zusammenschließen! Freiheit für Dieter Hänisch - die Polizisten auf die Anklagebank!

OG Kreuzberg

Polizeimord an H. J. Remiszko: ZEUGEN ANGEKLAGT

Mannheim. (snd) Am 17. Juli wurde vor einer Hsokothek der Jungarbeiter H. J. Remiszko auf offener Straße von der Polizei erschossen. Die einzigen Augen- zeugen dieses Mordes sollen jetzt ausgeschaltet werden: Die Staatsanwaltschaft Mannheim will sie wegen Landfriedensbruch, Widerstands, Raufhandels und Körperverletzung anklagen. Da- mit das Verfahren gegen die Po- lizeischützen im Sande verläuft...

BÜRGERKRIEGSMANÖVER

Am Sonntag, den 17. 11., fuhren wir von München aus zur Beerdigung von Holger Meins. Nachdem uns schon am Abfahrtsort einige Spitzel-Pkws folgten, bekamen wir hinter Nürnberg "Geleitschutz" von vorne und hinten durch offizielle Polizeiautos. Sie begleiteten uns viele Kilometer. Dann vorne die bekannte Polizeielle! Wir wurden auf einen einsamen Waldparkplatz an der Autobahn zwischen Erlangen und Würzburg gewiesen. Es war 23 Uhr nachts.

Kaum war der Bus auf dem Park- platz, erhellte eine riesige Flut- lichtenanlage den Platz, eigens für diesen Überfall installiert. Der ganze Parkplatz war ein Heerlager der Polizei, die meisten mit MPs im Anschlag bewaffnet.

Fotografen versuchten nun, mit Blitzlicht die Insassen des Busses aufzunehmen. Jeder mußte seine Personalien angeben. Als alle aus dem Bus heraus waren, wurde er von 5 Zivilen durchsucht, ohne daß sie auch nur einen einzigen Zeugen zuließen. Sie durchstöberten alles bis zum Abfalleimer,

Keiner ist sicher...

Nach Warnschuß festgenommen

Mit sechs anderen Jugendlichen ist der 15jäh- rige Sohn des Justizsenators Korber am Dienst- tag um 21 Uhr 30 von einem Zivilhandlungs- app der Polizei in Zehlendorf, Kleist- Ecke Hiltlerstraße, nach einem Warnschuß vor- wäg festgenommen worden. Die Jugendli- chen hatten Straßenlaternen durch Stein- wärfe beschädigt. Nach Anruf durch die Zivil- reife wollten sie flüchten, wobei sich nach Mitteilung der Polizei der Sohn Korbers um- achte, in die Tasche griff und den Arm hob. ner der Beamten, der sich dadurch bedroht hlte, gab einen Warnschuß in die Luft ab, orauf die Jugendlichen stehenblieben. Aus: "Tagesspiegel" v. 3. 11. 74)

LAMBURG - Osdorfer Born:

Staatliches Wildwest

der Hamburger Satellitenstadt Osdorfer Born" wurden am 18. 10. drei türkische Arbeiter von Zivil- ullen brutal zusammengeschossen. ie waren gemeinsam das Treppen- ie aus Achnern Born 86, in dem einer n ihnen wohnt, hinaufgegangen, m nachzusehen, wer aus dem 2. lock Flaschen aus dem Fenster arf und einen von ihnen fast ge- offen hatte.

In der 2. Etage standen sie plötz- ch 3 Personen gegenüber, die ihre affen auf sie richteten und sofort ohne ein Wort oder einen Anruf uf sie schossen! Einem Arbeiter urde das Knie zerschmettert, die eiden anderen erlitten Durch- bzw treifschüsse.

Die Schützen waren - wie sich enig später herausstellte - nicht rgendwelche Gangster, sondern olizisten in Ausübung ihres Dien- tes. Sie waren von einer Bewohne- in des Osdorfer Born gerufen wor- en, die ihren Sohn suchen lassen ollte. Um ihre Opfer kümmerten

sie sich nicht. Stattdessen bedrohten sie ein junges Mädchen, das sich empört an die Polizisten wandte, mit der Dienstpistole. Der Bruder eines der Türken, der fassunglos sah, wie die Verletzten sich aus dem Haus schleppten und die Poli- zisten aufforderte, sofort für einen Krankenwagen zu sorgen, wurde zusammengeschlagen und für 7 Stun- den grundlos inhaftiert.

Die ROTE HILFE ist von den be- troffenen Arbeitern angesprochen worden. Wir haben sofort mit den Ermittlungen begonnen, Zeugen be- fragt, Strafanzeige gestellt. Die Leute im "Osdorfer Born" sind in- formiert worden. Sobald wie möglich führen wir dort eine Veranstaltung durch mit den Opfern und anderen Bewohnern. Dabei geht es um die Forderungen: Bestrafung der Polizeischützen! Schluß mit dem Polizeiterror! Entwaffnung der Polizei! Entschädigung der Polizeioffer!

OG Hamburg

Unsere For- derung nach einer Begrün- dung und dem sofortigen Ab- bruch des Überfalls be- antwortete jeder Poli- zist anders: "Übliche Ver- kehrskontrol- le!", "Zu schnel- les Fahren", "Fahndungs- kontrolle" usw. Weil das alles

vollkommen fadenscheinig war, wurde dem Fahrer noch 20.-DM für zu schnelles Fahren abverlangt.

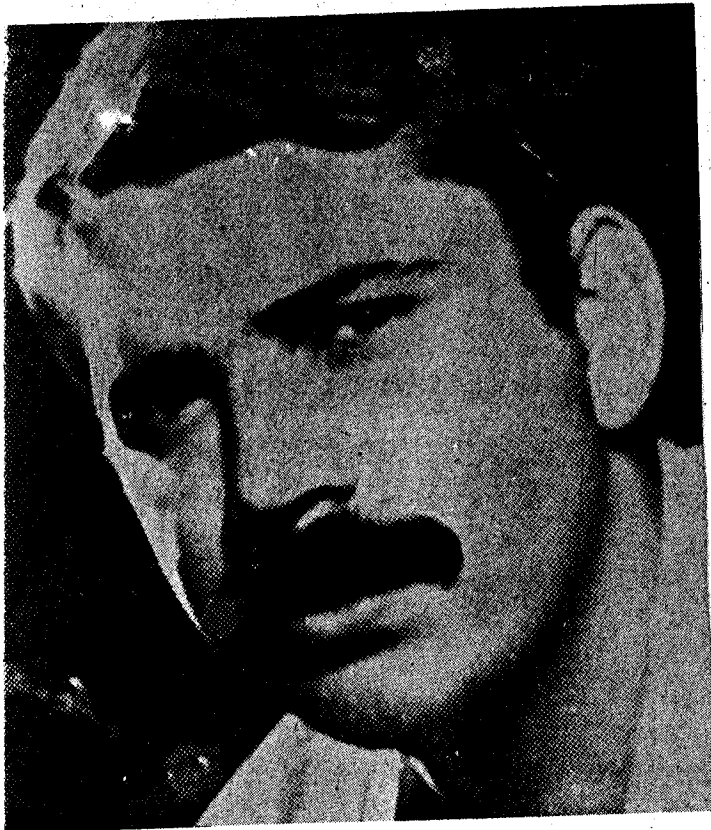
Uns selbst wurde Fotografieren verboten. Um keine Belege zu hin- terlassen, wurde von der Polizei die Seite aus dem Fahrtenschrei- ber über diesen "Halt" herausge- rissen!

Es ist schon ein unheimliches Gefühl, an einer so einsamen Stel- le von über 100 Polizisten wie im Bürgerkrieg überfallen zu werden. Weil sich kein Mensch in der Nähe aufhält, ist man ungeschützt, der



unglaublichen Polizeiwillkür ausge- liefert. Die Polizeiführung, die solche Manöver plant, will damit einschüchtern und Masseneinsätze einüben. Außerdem sollen Akten bei der Politischen Polizei ange- legt werden: Wer zur Beerdigung von Holger Meins fährt, wird als Krimineller registriert.

Die Busfahrer standen sofort auf unserer Seite. Sie haben wie viele Mitfahrer gesehen, von wem die Gewalt ausgeht. Schluß mit den Bürgerkriegsma- növern der Polizei!



Seit dem 3. Mai 1974 sitzt Ömer Özerturgut zusammen mit drei weiteren türkischen Patrioten in Untersuchungshaft in Köln-Ossendorf. Die Staatsanwaltschaft behauptet, er sei "Mitglied einer kriminellen Vereinigung".

Ömer Özerturgut kommt aus der Türkei. Bis zum Militärputsch am 12. März 1971 war er Herausgeber und verantwortlicher Redakteur zweier sozialistischer Zeitschriften: "Prolete Devrimci Aydinlik" (Proletarisch Revolutionäre Aydinlik) "Isyi Köylü" (Arbeiter-Bauern)

Der Militärputsch der Generäle in der Türkei bedeutete eine faschistische Diktatur. Alle wesentlichen politischen Rechte wurden beseitigt, fortschrittliche und kommunistische Organisationen verboten, Literatur und Zeitschriften beschlagnahmt bzw. auch verboten. Hunderte von Kommunisten, Sozialisten und Demokraten verschwanden in den Folterkammern der Militärs.

Auch gegen Ömer Özerturgut lag ein Haftbefehl vor. Ihn erwartete lebenslange Gefängnisstrafe und Folter oder der Tod. In dieser Situation floh er ins Ausland. Im März 1974 kam er in die Bundesrepublik.

Seine Verhaftung in Köln wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" ist eine schändliche Lüge, die nur dazu dienen soll, den Kampf der türkischen Patrioten in der Bundesrepublik für die Befreiung ihres Volkes vom Joch des Imperialismus zu verhindern. Die Staatsanwaltschaft hat behauptet, Ömer sei Mitglied der Patriotischen Einheitsfront für eine demokratische Türkei (PEF). Ganz abgesehen davon, daß dies bisher durch nichts erwiesen werden konnte, ist die PEF keine "kriminelle Vereinigung", sondern eine antifaschistische Einheitsfront aller fortschrittlichen Türken im Ausland. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, außerhalb der Türkei für die Errichtung des Sozialismus in der Türkei zu kämpfen. Viele Menschen kennen diese Organisation als konsequente Kraft im Kampf gegen die Unterdrückung des türkischen Volkes.

Obwohl die Maßnahmen des Staatsapparats gegen Ömer Özerturgut und die anderen türkischen Patrioten offen politischen Charakter tragen und nur dazu dienen, revolutionäre Kräfte zu diffamieren,

obwohl die Behörden der Bundesrepublik sich nicht scheuen, eng mit dem faschistischen türkischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten,

obwohl Ömer jetzt seit 7 Monaten in U-Haft gehalten wird und keinen Kontakt zu anderen Gefangenen haben darf, wird es nicht gelingen, den Widerstandswillen von Ömer zu brechen und ihn von seiner politischen Überzeugung abzubringen.

Wir müssen Ömer Özerturgut im Gefängnis stärken! Die ROTE HILFE fordert dazu auf:

- Schreibt Ömer! Da er nur türkisch versteht, sollen alle Menschen und Organisationen, die einen türkischen Dolmetscher haben, an Ömer schreiben.
- Türkische Kollegen besucht Ömer!
- Sendet Ömer Berichte vom internationalistischen Kampf in der Bundesrepublik und der Türkei! Sendet ihm auch Bilder davon!
- Fordert Ömer auf, für Versammlungen Berichte über den Klassenkampf in der Türkei in den letzten Jahren zu schreiben!
- Erklärt Ömer wie er sich im Gefängnis körperlich und geistig trainieren kann: Arbeit Turnübungen für ihn aus!
Arbeitet Denkaufgaben und -spiele für ihn aus!

Freiheit für Ömer Özerturgut

10.-DM

vom Weihnachtsgeld
für die ROTE HILFE!



Die materielle Hilfe ist wesentlicher Bestandteil der Klassensolidarität die die ROTE HILFE organisiert. Die Unternehmer und der Staatsapparat versuchen, durch Berufsverbote, Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und durch Kriminalisierung und Geldstrafen Kämpfenden Arbeitern und fortschrittlichen Menschen, die sich gegen dieses System auflehnen, die Existenzgrundlage zu entziehen. Sie hoffen, auf diese Weise die Kämpfenden aus der Klassenfront herauszubringen. Das darf und wird nicht gelingen!

Zahlreiche Menschen, insbesondere von der Klassenjustiz Verfolgte und entlassene Kollegen, wenden sich an die ROTE HILFE. Der Anti-Imperialist und Kommunist Ull Kranzusch, der zu 12 Monaten Gefängnis wegen der Teilnahme an der Demonstration gegen den Faschisten Thieu in Bonn im April 73 verurteilt wurde und zur Zeit seine Strafe absitzt, soll nun noch 3 000 DM Gerichtskosten bezahlen!
SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!

SPENDET für die ROTE HILFE!

Verbessert unseren Finanzfonds durch regelmäßige Spenden!
Konto: Stadtparkasse Dortmund 001 096 214
(Postscheckkonto der Stadtparkasse: 841 00-469 / PScha Dtdm)

Prozeßkalender

NRW

13.12. Flugblattverteilen Routhier (Widerstand)

18.12. Sammlungsverbot Vietnam-Hilfe
VG Köln, 12.00, Zi. 107

(Falsche Anschuldigung)
AG Bochum, 10.15, Zi 232

7., 9., 13., 15., 17., 21.1. usw.
Vietnam-Prozeß Köln
LG Köln, Saal 234

8.1. Jugendzentrum Dortmund
(Hausfriedensbruch)
LG Hagen, 9.00, Zi. 201

14.1. Kundgebung der Liga mit ausländischen Arbeitern in Attendorf (Verbotene Versammlung)
AG Olpe, 9.00

HESSEN

13.12. Hausbesetzung Bockenheimer Straße
Raum 72 (B), 14.00

16.12. § 218-Demonstration (Landfriedensbruch ./ Cohn-Bendit)

19.12. Häuserkampf (./ Knappe)

Knastothel

KÖLN-OSSENDORF
ROCHUSSTR. 350

Ömer Özerturgut, Türke. Vorv Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Seit Anfang Mai in Haft. Spricht nur türkisch. Mit ihm wurden inhaftiert: Mustafa Tutgun (spricht deutsch)
Yüksel Urgulu - " -
Hatice Yourtas - " -

Baha Targün: Seit August wegen des Vorwurfs der "Erpressung" in U-Haft.

Peter Paul Zahl, zu 6 Jahren Gefängnis wegen Unterstützung der RAF verurteilt.

Prozeßkalender
 Besuch des Proll-Prozesses (digung)
 B 111, 8. 45
 Hausbesetzung Bockenb. Str.
 Foltervorwurf gg. Polizei
 Raum A 102, 9. 00

BA - WÜ
 Streik am Gymnasium Wies-

idelberg (?)
NORD
 Verhinderung eines NPD-
 es - Hamburg.
 Verleumdungsklage gegen
 iterkampf", Zeitung des KB
 nburg.

Berufungsprozeß wegen Ver-
 es eines Flugblatts zur Ermor-
 von Thomas Weisbecker (in 1.
 z nach § 90 a zu Geldstrafe ver-
 t) - Kiel

**VERLAG
 ROTE
 FAHNE**

„Vorwärts und nicht vergessen! Lie-
 der der Revolution“
 der der deutschen und der interna-
 nalen kommunistischen Bewegung,
 der des Befreiungskampfes der Völ-
 der Welt, Lieder von Agit-Prop-
 ppen der KPD, wie das Bethanien-
 d, das der RGO und andere.
 Seiten, DM 2,70

„Proletarisch-revolutionäre Kurzge-
 richtchen 1928-33“
 rzgeschichten aus der ROTEN FAH-
 E und der FREIHEIT aus den Jahren
 28-1933. Beispiele revolutionärer pro-
 tarischer Literatur, Beispiele revolutionä-
 r Agitation gegen Arbeitslosigkeit,
 pitalistische Rationalisierung, Milita-
 us, Faschismus, Imperialismus. 46
 rzgeschichten. 200 Seiten, DM 6,50

er den Verlag ROTE FAHNE sind
 le Publikationen des Verlags für fremd-
 rächige Literatur Peking zu beziehen.
 te Prospekte anfordern.

„Tibet heute“
 n großformatiger Bildband über die
 zialistische Entwicklung Tibets.
 7 Seiten, DM 5,75

„Mao Tsetung: „Ausgewählte Werke“
 Bände, Bd I u. II DM 5,00, III u. IV
 M 6,50

ußerdem sind alle Schriften der „Aus-
 wählten Werke“ auch als Einzelaus-
 ben erhältlich.
 riften über den Aufbau des Sozialis-
 us in China

„Dadschai - Vorbild für die Land-
 rtschaft in China“
 5 Seiten, DM 0,40

„Datjing - Ein rotes Banner an Chi-
 us industrieller Front“
 7 Seiten, DM 0,55

erschiedene Schriften von Marx, En-
 els, Lenin und Stalin aus China in
 eutscher Sprache.

ber den Verlag ROTE FAHNE können
 uch alle Zeitungen und Zeitschriften
 us der VR China bezogen werden.
 eitungen in deutscher Sprache:

PEKING RUNDSCHAU (wöchentl.)
 hresabonnement DM 12,00

CHINA IM BILD (monatl.)
 hresabonnement DM 10,00
 n englischer oder französischer Sprache:

CHINA RECONSTRUCTS (monatl.)
 hresabonnement DM 8,00

CHINESE LITERATURE (monatl.)
 hresabonnement DM 10,00
 ür andere Zeitungen bitte ausführli-
 chen Katalog anfordern.

Alle Bestellungen bitte an
VERLAG ROTE FAHNE
 16 Dortmund, Zimmerstraße 19
 Tel. 0231/81 36 92
 Zahlungen bitte auf das Postcheckkonto
 fürgen Horlemann, PSchA Berlin-West,
 Nr. 12 4991-101.

Neuerscheinungen Winter 1974/75 im OBERBAUMVERLAG

Materialistische Wissenschaft
 Bd. 15 Uwe Wagner, Vom Kollektiv zur Konkurrenz
 Paris und Massenbewegung in der DDR.
 Wagner untersucht das Verhältnis von Führung und Massen.
 Er analysiert die Erhaltung von Masseninitiativen im Bereich
 der materiellen Produktion anhand der Aktivisten- und Wett-
 bewerbewegung in der DDR. Der Autor beschreibt, wie
 nach 1956 (nach dem XX. Parteitag der KPdSU kollektive
 Formen verschwinden und der Wettbewerb von Mann zu
 Mann als Konkurrenz) unter den Arbeitern auftritt. Wagner
 wertet das als Ausdruck der Tatsache, daß im Verlauf der
 Entwicklung der DDR eine Bourgeoisie neuer Typs die
 Macht ergreift hat. ca. DM 8,- (September-74)

Bd. 16 Grundkurs zum dialektischen Materialismus
 Marx/Engels, Lenin, Mao Tse-Tung
 Eine Auswahl von Texten zum dialektischen Materialismus,
 mit der die Diskussion über die weltanschaulichen Grundla-
 gen der Wissenschaft, insbesondere der Naturwissenschaft
 vorangereicht werden soll. ca. 130 S., ca. DM 8,- (September-74)

Bd. 17 Charles Bettelheim, Die Klassenkämpfe in
 der UdSSR
 1. Teil: 1917-1923

*Alain schon der Titel des Buches, das Charles Bettelheim vor
 kurzem veröffentlicht hat, "Die
 Klassenkämpfe in der UdSSR",
 veranschaulicht das Verhältnis von
 Knechtchen und akademischen, re-
 formistischen und "veröhnlichen"
 "Marxismus des Aus-
 sines Marxismus, der total vom
 Ökonomismus infiziert ist, diesem
 Krebsgeschwür, das die Theorie
 von Marx und Lenin seit der II.
 Internationale zerstört.*

Macciocchi in "Le Monde" Charles Bettelheim

Warum hat sich die Sowjetunion, das erste sozialistische Land,
 zu einer imperialistischen Großmacht entwickelt?
 Die Antwort auf diese Frage entwirft Bettelheim in seiner
 umfangreichen 3-bändigen Geschichte der Sowjetunion. Der
 hier vorliegende 1. Band umfaßt die Entwicklung von 1917-
 1923; der 2. Band - der zur Zeit vom Autor fertiggestellt
 wird - betrifft die Regierungszeit Stalins; der 3. Band schließ-
 lich umfaßt die Zeit von Stalins Tod bis zur Gegenwart.
 Bettelheims Werk ist die erste große, konsequent materialis-
 tische Darstellung der Geschichte des Sozialismus in der
 UdSSR. Gestützt auf ein breites Erfahrungsmaterial und ba-
 siert auf der nahezu 40-jährigen wissenschaftlichen Aus-
 einanderetzung mit der UdSSR analysiert der Autor (vor
 dem Hintergrund seiner zahlreichen Untersuchungen zum
 Aufbau des Sozialismus in China) die Entwicklung der
 Sowjet an.
 Bettelheims gründliche Analyse der Ursachen der kapitalis-
 tischen Rückentwicklung der Sowjetunion widerlegt die These,
 die Rückentwicklung sozialistischer Revolutionen sei zwangs-
 baulig. Der Autor führt die Diskussion über die Möglichkeit
 der Verwirklichung des Sozialismus aus dem Bereich der
 UdSSR heraus und stellt sie auf die Grundzüge wissen-
 schaftlich gesicherter Erkenntnisse. ca. 680 S., mit Sachregister u. Bibliogr. ca. DM 17,- (Dezember 1974)

OBERBAUMVERLAG BERLIN Verlag für Politik und Ökonomie, 1 Berlin 21, Bundesstr. 1, Tel. 030/392 40 75. Bestel-
 lungen und Anforderungen des kostenlosen Verlagsdienstes DAS ROTE HEFT an: UNIVERSUM-BUCH-DIENST (UBD),
 1 Berlin 30, Lützowstraße 105, Telefon 030/261 50 72

Broschüren

Polizeiterror gegen die Fahr-
 preisdemonstrationen in Frank-
 furt
 Dokumentation der OG Frank-
 furt unter Mitarbeit der GUV.
 58 S. A-4 1,50 DM

Sofortige Freilassung von
 Dieter Kunzelmann!
 Dokumentation I:
 20 S. A-4 1.- DM
 Dokumentation II:
 16 S. A-4 1.- DM
 Ausgearbeitet vom Landesver-
 band Westberlin.
 Bestellungen an:
 ROTE HILFE-Vertrieb,
 46 Dortmund, Burgholzstr. 13

Programme und Statut der
 ROTEN HILFE
 32 S. A-7 1.- DM

Rechenschaftsbericht des 1.
 Zentralvorstands der ROTEN
 HILFE
 44 S. A-4 1.-DM

Schluß mit der Isolationsfolter!
 Broschüre des Landesverbandes
 Westberlin.
 28 S. A-4 1.- DM

Sozialistische Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft

Inhalt der letzten Nummer 23/24:

SPD-Kulturpolitik am Beispiel Künstler-
 zentrum Bethanien in Westberlin. Eine
 Dokumentation der "Kunstlerinitiative für
 eine Kinderklinik ins Bethanien"

Fernsehkanal 9 - Kanal des Volkes
 Interview mit einem chilenischen Genossen
 über die Kulturpolitik der Unidad Popular
 Regierung und eine revolutionäre Alternati-
 ve im Fernsehkanal 9

Initiative zur Gründung einer Vereinigung
 sozialistischer Kulturschaffender

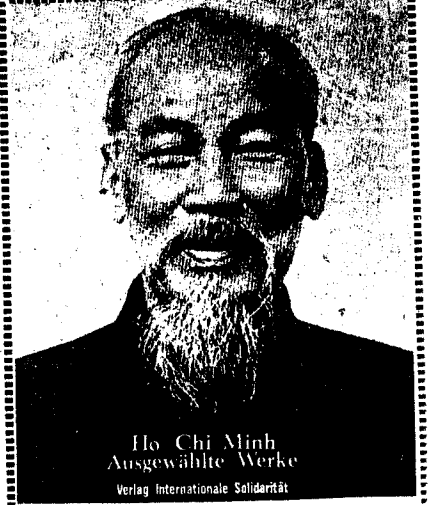
Antwort an Otto Gottsche
 Zur Funktion proletarisch-revolutionärer
 Literatur heute

Rezensionen:
 Peter Schneider: Kino und Filmindustrie
 in der BRD
 Arbeiterbühne und Film, Reprint
 Philipp Neumann: Zurück zum Profit

KuG erscheint in der Regel 6 mal im Jahr.
 Preis: DM 4,-, Doppelheft DM 7,-. Eine
 Abo (6 Hefte): DM 29,-. Bestellungen an:
 Universum Buchdienst, 1-30, Lützowstr. 105

§ 90 a
 § 90 a - Dokumentation
 des Gesinnungsprozesses
 gegen Bernd Dewe.
 Erstellt vom B. Dewe-
 Solidaritätskomitee.
 70 S. A-4 2.-DM
 Zu beziehen über den
 ROTE HILFE-Vertrieb.

Hermann Böke, Verlagsgesellschaft m.b.H. für
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
 5 Köln 1, Zugweg 10
 Postcheckkonto: PSchA Köln 10 87 87 - 504
 Bankkonto: Deutsche Bank Köln 268/3910



Band I:
 Schriften von 1920 bis zur Unabhängigkeits-
 erklärung 1945
 darunter: Rede auf dem Kongreß der Franzö-
 sischen Sozialistischen Partei
 in Tours
 Rede auf dem V. Weltkongreß der
 Kommunistischen Internationale
 Der Prozeß der französischen Kolo-
 nisation
 Die Arbeit unter der Bauernschaft
 (Das Partisanenwesen)
 ca. 150 Seiten, ca. 9 DM, Erscheint im Nov.

Band II:
 Schriften von 1945 bis zum Genfer Indochi-
 naabkommen 1954
 darunter: Über Schulungsarbeit
 Bericht an den II. Nationalkon-
 greß der Partei der Werktätigen
 Vietnams
 Direktiven zum Guerillakrieg
 Bericht auf der 6. Konferenz
 des ZK der Partei der Werktätigen
 Vietnams
 ca. 300 Seiten, ca. 15 DM, Erscheint im Ja

Band III:
 Schriften von 1954 bis 1969, Gedichte
 darunter: Der Leninismus und die Befreiung
 der unterdrückten Völker
 Die Oktoberrevolution und die
 Befreiung der Völker des Ostens
 Entwurf der Verfassung der DRV
 Gefängnisbuch, Gedichte
 ca. 300 Seiten, ca. 15 DM, Ersch. im März

Zusatzband:
 Biographie Ho Chi Minhs
 ca. 150 Seiten, viele Abbildungen,
 ca. 9 DM, Erscheint im Februar

Möglichkeit der Subskription!

Alle vier Bände können bis zum 31.12.1974
 beim Verlag oder im Buchhandel subskri-
 piert werden. Der Subskriptionspreis für
 alle vier Bände beträgt 40,-DM. Jeder Sub-
 skriptent erhält darüberhinaus ein groß-
 formatiges Plakat (Glanzdruck) mit dem
 Porträt des Genossen Ho Chi Minh.
 Bei Subskription ist der Preis von 40,-
 DM sofort an den Verlag zu entrichten,
 bei Subskription spätestens beim Kauf des
 ersten Bandes!

Bestellungen sind zu richten an den Ver-
 lag Internationale Solidarität (Siehe St.

§ 90 a
 § 90 a - Dokumentation
 des Gesinnungsprozesses
 gegen Bernd Dewe.
 Erstellt vom B. Dewe-
 Solidaritätskomitee.
 70 S. A-4 2.-DM
 Zu beziehen über den
 ROTE HILFE-Vertrieb.

dem-u. z. Zeitschrift
 In Gegensatz zur üblichen "Fachpresse" berichtet die "hez" über d
 Berufsrisikofreiheit, Probleme im Heim, i. d. Kinderheilstätte und
 Jugendfreizeitbereich werden nicht isoliert betrachtet, die Proble-
 me des Kollegen, Kinder und Jugendlichen nicht als zufällig
 Die "hez" thematisiert kein Blatt vor den Mund und kri-
 tisiert niemanden irgendwo rein. Sie macht keine Gevinnne und
 keine Honorare. Den Inhalt gestalten die Leser in d
 Maß, wie sie sich durch ihre Korrespondenzen daran
 Die "hez" erscheint monatlich und kostet
 1,20 DM einsech. Porto, Probeexemplare gegen V
 aussendung von 2.-DM in Briefmarken. Auszubehende zahlen gegen Zusendung
 einer Bescheinigung der Ausbildungsstätte nur halbes nur 0,50 DM. Bestellen
 durch Postkarte an die Hez- und Erziehungs-Zeitschrift, Bin. 61, Döberitz
 (Laden) Alle Zahlungen nur Postcheckkonto Bin. W. 35 86 36 - 109 0767 Paris
 Im Selbstverlag, Reihe Arbeitermaterialien zur Weiterziehung, in 2. Auflage
 erschienen: "Indeslüssen - Dokumentation Hauptflehende Elternhäuser",
 Die "Arbeitsmaterialien" u. d. "hez" gehören an jede Auszubehende
 u. Studenten ein Interesse an der Berufsrisikofreiheit haben!!!!!!

„Notwehr“

Die MEK-Killer, die am 21. Mai den Münchener Taxifahrer Günther Jendrian in seiner Wohnung überfallen und erschossen, sind fein raus. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen sie eingestellt: „Die Zeugenaussagen und die eingehenden technischen Untersuchungen haben ergeben, daß keinem der Beamten ein Schuldvorwurf zu machen ist. Sie befanden sich im Zeitpunkt der Schußabgabe in einer Notwehrlage. Anhaltspunkte dafür, daß die Beamten diese Situation pflichtwidrig herbeigeführt haben, sind nicht erkennbar geworden.“

Die ROTE HILFE hatte aufgrund eigener Ermittlungen direkt nach dem Überfall festgestellt:

● Schon durch die Wohnungstür wurde auf einen Mitbewohner, W. Ghimán, ein Schuß in Kopfhöhe abgegeben!

● Die Spuren der MEKs wurden zerstört (Zermeißeln der Ein-

schüsse und anderer Spuren statt Versiegeln der Wohnung), die Presse wurde von der Staatsanwaltschaft angelogen (Jendrian habe geschossen), die Namen der Todesschützen bis heute geheimgehalten!

Daß jeder Versuch, auf rein juristischem Wege die Polizei auf die Anklagebank zu bringen, erfolglos ist, hat sich hier nochmal gezeigt: Münchens Staranwalt Bossi, der die Verlobte Jendrians vertritt, erreicht trotz klarer Fakten keine Anklage. So wie im Fall des Polizisten Diehl, der wegen Tötung verurteilt werden mußte, weil die ROTE HILFE die Bevölkerung mobilisierte, hätte auch hier der Kampf beharrlich geführt werden müssen. Das ist versäumt worden.

► DOKUMENTATION
des Jendrian-Komitees und der ROTEN HILFE 59 S. 1,- DM
Vertrieb: ROTE HILFE-Zentrale

„Die Wahrheit: Arbeitermord!“

In diesen Wochen stehen die ersten Genossen, Flugblattverteiler und presserechtlich Verantwortliche, Teilnehmer des Trauerzuges und von Solidaritätskundgebungen vor Gericht und erklären auch dort: „DIE WAHRHEIT LAUTET: GENOSSE GÜNTHER ROUTHIER IST VON DER POLIZEI ERMORDET WORDEN!“

Die bürgerliche Klassenjustiz soll den Täter in der ganzen BRD nicht gelassen werden. Diejenigen, die die Strafen verkürzen und Überfälle auf Zeilungsverkäufer und Flugblattverteiler in der ganzen BRD nicht gelassen werden, die diejenigen mundtot zu machen,



Bild: Der Trauerzug wird überfallen. Kränze zerstört, Teilnehmer gefoltert.

Sicherheit für wen?

„In unserer Agitation gegen den Polizeiterror, besonders anlässlich des Mordes an Günther Routhier und des Verfahrens gegen den Mörder von Erich Dobhardt, machten wir immer wieder dieselbe Erfahrung: Die Arbeiter, Hausfrauen, Lehrlinge waren mit uns einig, daß die Polizei an Dobhardt und Routhier Verbrechen begangen hat ebenso wie sie es bei Überfällen auf Demonstrationen und streikende Arbeiter tut. Aber sie stimmten uns oft nicht zu, wenn wir erklärten, daß dies keine Ausrutscher einzelner besonders brutaler Bullen sind, sondern das von der SPD-Regierung gebilligte Ergebnis der Aufrüstung und Verhetzung des Polizeiapparats.“

„Aber man braucht doch die Polizei - wie sonst sollen Sicherheit und Ordnung gewährleistet werden?“ - so sagten viele. Um diese Frage gründlich mit diesen Menschen zu diskutieren, bereiteten wir eine Diskussionsveranstaltung im Arbeiterviertel Hörde vor. Wir stellten in den Mittelpunkt, daß das Bedürfnis der Massen nach Sicherheit und Ordnung im Kapitalismus niemals erfüllt wird. Im Gegenteil: Die Unsicherheit in der Gestalt von Angst um den Arbeitsplatz, die Wohnung, die Gesundheit nimmt zu. Wer sich wehrt, lernt die eigentliche Aufgabe des Polizeiapparats im Kapitalismus kennen. Die Polizei sorgt für die Sicherheit der herrschenden Klasse, damit Profit, Ausbeutung und Unterdrückung fortbestehen. Die Polizei wird nicht zum Schutz der Bevölkerung ausgebildet und aufgerüstet. Nur einen minimalen Teil der alltäglichen Delikte wie Diebstahl kann sie „aufklären“. Stattdessen gibt sie vor, uns gegen „Gewalttäter“ zu schützen. Doch braucht man dafür Schützenpanzer? Muß dafür der Bundesgrenzschutz in die Polizei eingegliedert werden? Der Schutz der Bevölkerung, den die Polizei in gewissem Umfang gewährleisten muß, um das Verbrechen als Krankheit des Kapitalismus nicht vollständig auszufern zu lassen, ist kein wirksamer Schutz. Und schon gar kein Unternehmen im Interesse des Volkes,

Dagegen stellten wir die Verhältnisse in der Volksrepublik China dar: Dort, wo die Arbeiterklasse an der Macht ist, werden Ordnung und Sicherheit, die die Volksmassen sich erkämpft haben, von ihnen selbst gewährleistet, organisiert und verteidigt. Keine volksfeindlichen Spezialtruppen, vor denen jeder am liebsten davonläuft, sondern das Volk selbst ist der Garant für die Sicherheit aller Menschen! Die Volksmiliz und Sicherheitsausschüsse in Betrieb und Wohnviertel sind geachtet und geliebt. Erziehung der Volksmassen durch die Volksmassen - das ist der richtige Weg, nicht Bestrafung, Terror und Einschüchterung! Ein Beispiel, das ein Filmjournalist des westdeutschen Fernsehens von seiner Reise in die VR China berichtete, zeigt das: In einer Großstadt fährt ein Arbeiter mit sei-

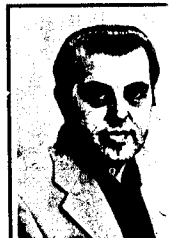
nem Fahrrad über eine rote Ampel, weil er sich verspätet hat. Aber ihm wird weder mit Geldstrafe noch mit einer Anzeige gedroht. Stattdessen hält der Volkspolizist, der den Verkehr regelt, ihn an und spricht mit ihm über sein falsches Verhalten. In Windeseile bildet sich eine große Diskussionsgruppe, die mitdiskutiert. Der Arbeiter kommt nun erheblich zu spät auf die Arbeit. Dort verlassen die Kollegen die Maschinen, um mit ihm über die Gründe seines Zuspätkommens und die Folgen zu diskutieren. Gemeinsam wird so von allen und für alle geklärt, warum Disziplin im Straßenverkehr erforderlich ist.

„Das wäre bei uns undenkbar - wenn alle von den Maschinen weggingen!“ wird mancher erwidern. Ja, Kollege, es ist undenkbar, weil der Produktionsertrag bei uns der Erziehung und dem Schutz der Menschen vorangestellt wird. Und genau das ist im Sozialismus anders!

Wir haben die lebhafteste Diskussion auf der Veranstaltung geführt, weil immer mehr Menschen aus dem Vorderraum des Lokals zu uns hereinkamen. Wenn wir auch nicht auf einen Schlag viele Menschen von der Notwendigkeit des umfassenden Kampfes gegen den Polizeiapparat überzeugen konnten - wir hatten genau die Fragen angesprochen, die die Menschen bewegten und unsere Antworten haben uns Sympathien eingebracht. Die Arbeiter forderten uns auf, doch jede Woche in Hörde zu tagen.

OG Dortmund

darüber berichteten, wie die Polizei den kommunistischen Arbeiter G. Routhier so brutal schlug und mißhandelte, daß er an den Folgen der Kopfverletzungen starb. Routhier, den ältesten Arbeiter grüßte sie heraus, als die Zuschauer den Arbeitsgerichtsprozeß über die Verurteilung eines Mannesmann-Koll protestierten.



Der erschlagene kommunistische Arbeiter Günther Routhier

Am Tag der Beerdigung riegelte die Polizei aus Furcht vor Arbeiterdemonstrationen alle Autobahnzufahrten des Ruhrgebiets nach Duisburg ab. Der Trauerzug wurde über 4 Wochen patrouilliert die Polizei in den Duisburger Arbeitervierteln. Das wird jeder der Angeklagte in der Sprache bringen!

Die Klassenjustiz muß sich erklären: Im ersten Prozeß gegen den Genossen am 19.11. erklärte der Trauerzug zu einer „verbotenen Demonstration“, weil rote Fahnen getragen wurden. Sogar haben wir nur die Faschisten fertig gemacht die am selben Ort -1941 in Duisburg einen proletarischen Trauerzug fielen!

Alle Betroffenen fordern wir uns an den Landesvorstand der ROTEN HILFE (Dortmund, He. 50) zu wenden. Schließt Euch an, schlagt den Angriff auf die Pressefreiheit zurück!

Fortsetz.: 4 Pferdefüße

Rechte und das nötigste Auskommen schlagen muß? Jedenfalls kein Arbeiter!

An Maihofers schönen Worten wird gezweifelt, weil er falschspielt:

● Maihofer lügt jedesmal, wenn er sich zur Isolation von Gefangenen äußern muß. Für ihn und seine Kollegen "hat es das nie gegeben", Isolationsfolter ist eine "infame Wortschöpfung", von langer Hand und mit Niedertracht geplant. 3 Beispiele beweisen, daß Isolierhaftgang und gebe ist und in verschiedenen Fällen bis zur Folter verschärft wird:

1. Der westberliner "Tagesspiegel" schreibt am 3.11.1974: "Seit Einrichtung der Isolierstation der Strafanstalt Tegel im Juli letzten Jahres haben 47 Gefangene kürzere oder längere Bekanntschaft mit einer dieser 8 Zellen im Haus III der Anstalt gemacht... Justizsenator Korber hat seinerzeit in einer Anordnung den... in der Strafanstalt Tegel eingerichteten Trakt "Isolierstation" genannt!"

2. Im richterlichen Protokoll des Landgerichts Osnabrück über den Besuch der Zelle von Roland Augustin ist festgehalten, daß Augustins Zelle in einem Toten Trakt liegt und völlig geräuschisoliert ist,

3. Wie im Falle Augustin wurde auch in Köln-Ossendorf gefoltert: U. Meinhof und G. Ensslin wurden in einen Toten Trakt verlegt. Diese völlige Abschirmung von der Außenwelt, von Sinneseindrücken vernichtet schnell und Still: Ein amerikanischer Astronaut zeigte im Versuchslabor bei vollständiger Isolation in seiner Kapsel nach 10 Minuten die ersten Ausfallerscheinungen.

● Maihofer schweigt zu der Frage, warum die RAF überhaupt entstanden ist. Nur die äußerste Rechte weiß hierzu etwas zu "erklären": "Das sind Irrsinnige!"

Im Betrieb und auf der Straße ist bekannt, daß der Imperialismus selbst Widerstand und Gegengewalt provoziert. Und das es bei den Aktionen um - wenn auch noch so falsche - Politik gegen die herrschende Klasse geht.

● Maihofer verfälscht, wenn er über die "Sympathisantenszene", zu der er neben kommunistischen Organisationen namentlich die ROTE HILFE zählt, herzieht. Die Kommunisten und die ROTE HILFE "sympathisieren" nicht mit der Politik der RAF, sondern verurteilen sie. Wie tausende fortschrittlicher Menschen sind sie aber in keiner Minute bereit, dem Treiben des Unterdrückungsapparates - der Isolierfolter, den Gesinnungsurteilen, den Polizeimanövern in und vor den Gerichtssälen, der Behinderung der Verteidiger - tatenlos zuzusehen. Solidarität mit Mitgliedern der RAF üben wir dort, wo alle diese Unterdrückungsmaßnahmen doch der klarste Beweis dafür sind, daß sie nicht als "gewöhnliche Kriminelle", sondern als politische Gegner von der Bourgeoisie eingesperrt und abgeurteilt werden.

R. Heissler in Isolierhaft

Seit über 6 Monaten befindet sich Rolf Heißler in der JVA Straubing in Isolierhaft. Was war der Grund? Nachdem in der JVA Straubing über 600 Gefangene in einem Brief an den Bundespräsidenten Heinemann anlässlich des 25 jährigen Bestehens des Grundgesetzes eine Teilamnestie forderten und Rolf Heißler mit vier anderen Gefangenen als Rädelsführer eingestuft wurde. Es wurde ihm weiterhin vorgeworfen, er habe zur Unterstützung der Forderung der RAF gegen die Vernichtungshaft einen Hungerstreik im Gefängnis mit anderen geplant, sowie einen Streik in der Produktion versucht zu organisieren gegen die Ausbeutung der Gefangenen, die für 0,80 Dm bzw 1,80 DM als Tageslohn arbeiten.

Seit diesen Vorfällen befindet sich Rolf Heißler in Isolierhaft. Er ist von jeglichem Kontakt zur Außenwelt abgeschlossen. Besuche für ihn werden abgewiesen, Bücher und Zeitschriften, die er lesen möchte werden ihm nicht ausgehändigt, Briefe werden fast ausnahmslos beschlagnahmt. Er macht alleine Hofgang und ist von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen.

Das Bayrische Justizministerium behauptet: in Bayern gibt es kei-

ne Isolierhaft.

Dreimal zog die Ortsgruppe vor das Straubinger Gefängnis. Zuerst haben die Genossen Flugblätter an die Besucher der anderen Gefangenen verteilt, um so allen Gefangenen die Informationen über die Behandlung von Rolf Heißler zukommenszulassen. Obwohl die Beamten der JVA, die Polizei versuchte die Genossen

SOFORTIGE BEENDIGUNG DER ISOLIERHAFT VON ROLF HEISSLER! FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN! LV Bayern

Isolationsfolter

Aus der Pressemitteilung der Rechtsanwälte Groenewold, Degenhardt und Könceke vom 7. August 1974:

Auf Anordnung des Landgerichts Osnabrück wurden aufgrund der Beschwerden der Verteidigung der TOTE TRAKT, in dem der politische Gefangene Ronald Augustin in der JVA Hannover untergebracht ist, und der für Verteidigerbesprechungen vorgesehene Besuchskäfig am 6.8.74 besichtigt. Im Beisein von Oberstaatsanwalt, Anstaltsleiter und der Rechtsanwälte Söbele und Könceke wurden folgende Feststellungen ins richterliche Protokoll aufgenommen:

1. Die Zellen im Toten Trakt haben als Fenster ein Betongitter, in das ziegelsteingroße Scheiben eingelassen sind. Allein bei Augustins Zelle ist von innen noch eine zweite, ins Mauerwerk eingelassene schalldämmende Scheibe von über 5 mm Dicke dagegengesetzt. Durch ein zusätzliches Eisengitter wird das ganze Fenster nochmals abgeschirmt.
2. Allein Augustins Zellentür ist von innen durch eine 5 cm hohe Eisenschwelle abgedichtet.
3. Als sich auf Wunsch des Richters Anstaltsleiter und weitere Beamte unmittelbar vor der verschlossenen Zellentür Augustins unterhielten, konnten drinnen Richter und Staatsanwalt kein einziges Wort verstehen.
4. Augustins Zelle liegt wie in einer Sackgasse: Niemand geht daran vorbei; nur wenn sie zu ihm direkt wollen, kommen Leute.
5. Von den Räumlichkeiten unter Augustins Zelle, die Anstalt und Ministerium in der Öffentlichkeit dem Vorwurf der Geräuschisolation entgegeng gehalten hatten, dringt kein Laut in Augustins Zelle: Als ein schwerer Wagen, wie er zum Transport des Essens verwendet wird, laut scheppernd über den Gang geschoben und ein Eisengitter auf diesem Gang drei mal krachend zugeschlossen wurde, erklärten anschließend Richter, Staatsanwalt und Verteidiger zu Protokoll, daß sie in der Zelle darüber nicht einen einzigen Laut vernommen hätten.
6. Im Besuchskäfig kann man zwar die Worte seines Gegenübers durch die Trennscheibe verstehen: die Lautstärke ist jedoch erheblich herabgesetzt und der Klang sehr dumpf. Es wurde festgestellt, daß es sehr anstrengend ist, sich auf diese Weise länger zu besprechen.
7. Der für das Durchreichen von Schriftstücken vorgesehene Schlitz in der Trennscheibe ließ nicht einmal dünne Hefter durch...

Verspielter Kredit ist schwer zurückzugewinnen. Und die Sozialdemokratie hat den Kredit, den viele getäuschte Menschen ihr 1969 einräumten, verspielt. Hetze zieht nicht mehr wie 1972 noch, Betteln um Solidarität ebensowenig. Das gewachsene Mißtrauen und die Empörung gegen die Staatsgewalt sind nicht mehr aus der Welt zu schaffen

Schily nicht abzuwählen

Westberlin. Der Versuch reaktionärer Anwälte, RA Schily als 2. Vorsitzenden der "Vereinigung westberliner Strafverteidiger" abzuwählen, weil er bei RAF-Gefangenen von "Mord auf Raten" gesprochen hatte, ist mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden.

daran zu hindern, lassen sie sich nicht abhalten und verteilten ihre Flugblätter weiter. Nicht nur vor dem Gefängnis, sondern auch am Straubinger Markt nahmen die Genossen die Agitation mit Sandwiches und Flugblättern auf. Im Laufe dieses Agitprop Einsatzes konnten viele Unterschriften gesammelt werden, viele spendeten für die Hafthilfe einige gaben den Genossen ihre Adresse.

Es zeigte sich, daß es richtig war von den Genossen vor das Gefängnis und auf den Markt zu gehen, denn viele Menschen wollten Informationen haben. Demnächst findet eine Solidaritätsveranstaltung in Straubing statt unter folgenden Forderungen statt:

DER HUNGERSTREIK GEHT WEITER!

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in der Isolierhaft geht weiter! Nach wie vor über 50 politische Gefangene beteiligen sich. Am 18. November sind 80 Gefangene der JVA Stuttgart-Stammheim aus Solidarität ebenfalls in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Neben menschlichen Haftbedingungen für die RAF-Gefangenen fordern sie u.a. bessere ärztliche Betreuung, bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitsbezahlung, längere und menschenwürdiger Besuchszeiten.

Bremen (snd). Vorübergehender Trinkwasserentzug bei Wolfgang Quante mußte nach massiven Protesten rückgängig gemacht werden.

Mainz (snd). Im Namen der Rechtsanwälte und der Angehörigen von Holger Meins wurde am 19.11. Strafantrag wegen vollendeten Mordes gegen folgende Personen gestellt:

Dr. Theodor Prinzing, Vorsitzender des 2. Strafsenats beim BGH Generalbundesanwalt Buback.

Den Leiter der Staatsschutzabteilung beim Bundeskriminalamt, Reg. Dir. Essmayer, Leiter der JVA Wittlich.

Dr. Hutter, Anstaltsarzt der JVA Wittlich u. a.

Westberlin (snd). Die Ärztesgruppe Westberlin für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten hat in einer Stellungnahme zur Isolationsfolter und zum Hungerstreik die zuständigen Stellen aufgefordert, die Forderungen der Gefangenen nach Aufhebung der Isolationsfolter umgehend zu erfüllen. Sie fordern außerdem die Behandlung der Gefangenen durch Ärzte ihrer Wahl.

Fortsetzung: Massive Entrenchung,

ihrer neonazistischen Propaganda gehindert hatten, hat der Richter diese Regelung schon treffend vorweggenommen: Er verbot mehrfach Fragen der Angeklagten und ihrer Verteidiger an die als Zeugen geladenen NPD-Mitglieder über die politischen Ziele der NPD. Es soll verhindert werden, daß Angeklagte ihre politischen Beweggründe darlegen und sich gegen politische Anklagen auch politisch

die Gerichtsgebäude mit einer Bannmeile zu umgeben, um den öffentlichen Protest gegen Gerichtsmethoden und Urteile zu verhindern.

Man stelle sich einen Prozeß vor, wo diese Maßnahmen zur Anwendung kommen: Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen, der Angeklagte ist abwesend. Die Zeugen mußten hinter der verschlossenen Türe der Staatsanwaltschaft bereits eidesstattlich aussagen. Die Stra-

FORTSCHRITTLICHE JURISTEN GRÜNDEN INITIATIVEN

In Westberlin gründeten am 9. 12. 74 zahlreiche fortschrittliche Juristen eine Initiative gegen die geplanten Gesetze zur Einschränkung der Rechte der Angeklagten und ihrer Verteidiger vor allem in den politischen Verfahren: Neben Juristen sollen in dieser Initiative auch andere Menschen mitarbeiten. Weil die reaktionären Pläne des Bundeskabinetts sich gegen die Arbeiterklasse richtet, wird die ROTE HILFE in den Stadtteilen Versammlungen organisieren, auf denen die betroffenen Rechtsanwälte sprechen werden. Auch in Hamburg wurde von Rechtsanwälten eine ähnliche Initiative gegründet.

verteidigen können! Arbeitern, die z. B. wegen "Tätlichkeiten" bei Streiks angeklagt sind, wird man den Mund verbieten, wenn sie die Ziele des Streiks und das Vorgehen der Kapitalisten erklären wollen.

Verschärfung des Ordnungsrechts - totaler Ausschluß der Öffentlichkeit

Der Angeklagte soll wegen "ordnungswidrigen Benehmens" aus dem Sitzungssaal ausgeschlossen werden können. "Ordnungswidriges Benehmen" mit der Folge mehrjähriger Ordnungsstrafen ist in vielen Prozessen schon allein der Nachweis von Angeklagten gewesen, daß Richter und Staatsanwalt Gesinnungsstrafrecht betreiben.

Schließlich soll die Öffentlichkeit selbst bei Urteilsverkündungen ausgeschlossen werden können. Ordnungsstrafen gegen Angeklagte und Zuschauer sollen zukünftig von 3 auf 7 Tage bzw. von 1000.- auf 2000.-DM erhöht werden.

In einem Dortmunder Prozeß gegen kommunistische Redakteure wegen "Verunglimpfung der BRD" mußte die Klassenjustiz den Beweis führen, daß die Bezeichnung des Staates als Interessenvertreter der Kapitalisten verleumderisch sei. Bei dieser heiklen Aufgabe wurde die Öffentlichkeit für das gesamte Verfahren mit Ausnahme der Urteilsverkündung ausgeschlossen. Zukünftig kann jedes Gericht die Öffentlichkeit vollständig ausschalten! Alle diese Maßnahmen stehen in Einklang mit der bereits vom Bundestag beschlossenen Erweiterung der Befugnisse der Staatsanwaltschaft, die jetzt Zeugen in Abwesenheit eines Verteidigers zwangsweise vernehmen und verurteilen kann. In Einklang mit dem Gesetzentwurf zum Ausschluß von Verteidigern, wenn bloß der "Verdacht der Begünstigung seines Mandanten" besteht. In Einklang mit dem Plan,

tegle der Verteidigung ist dem Gericht bekannt. Der Verteidiger wird gar noch ausgeschlossen und durch einen Zwangsverteidiger ersetzt. In der Bannmeile um das Gericht herum Polizeitruppen, die der Öffentlichkeit den Mund verbieten.

Wen erinnert das nicht an Zeiter wo "Verteidigung" nichts als ein Wort auf dem Papier, eine Farce war? Und welch ein Hohn ist es wenn der SPD-Justizminister Vogel angesichts dieser Gesetzentwürfe erklärt, es gebe in unserem Land keine politischen Strafverfahren! "Paader-Meinhof" ist der Anlaß für dieses Reformwerk. Am häufigsten anwenden wird man diese Maßnahmen in den Verfahren gegen Kommunisten und Antimperialisten, gegen klassenbewußte Arbeiter. Seit dem letzten Jahr ist die Zahl der politischen Prozesse sprunghaft gestiegen. Immer mehr Arbeiter, die beim Flugblattverteilen, bei Streiks und Demonstrationen für Arbeiterinteressen eintreten, sind darunter. Und immer schwieriger wird es für die Klassenjustiz, öffentliche Gesinnungsurteile zu fällen. Deshalb sieht sich die SPD/FDP-Regierung gezwungen, durch den systematischen Abbau elementarer Rechte der Angeklagten und der Verteidiger durchzusetzen, was ihr bisher Schwierigkeiten machte: Hinter dem Rücken der Öffentlichkeit und unter Ausschaltung von Solidaritätsmaßnahmen der Bevölkerung angeklagte Kommunisten und Antimperialisten zu kriminalisieren. Gegen diese "Reform" der Strafprozeßordnung und des Strafgesetzbuches ruft die ROTE HILFE zum Kampf auf. Wir werden alle Initiativen fortschrittlicher Verteidiger unterstützen. Im In- und Ausland haben wir damit begonnen, Demokraten und Kommunisten gegen die gesetzliche Absicherung schrankenloser Willkür der Gerichte aufzurufen und eine einheitliche Abwehrfront aufzubauen.

Im Trüben gefischt

Einige -wenige- lokale Gruppen hat die Broschüre und der Begleitbrief ergötzt, den Münchener Genossen, die im Oktober aus der ROTEN HILFE austraten, nun nochmal verschickt haben. Aber mit der Broschüre ist nun mal kein Staat zu machen. Die Genossen hatten sich mit ihrer Ansicht, die ROTE HILFE mache sich durch Unterstützung der KPD bei den Landtagswahlen zu einem "Ausschuß der KPD", nicht nur innerhalb der ROTEN HILFE vollständig isoliert - sie wurden auch dabei ertappt, daß Teile ihres Werkes (ohne Kennzeichnung) aus einer Broschüre der alten KP-Opposition stammten. Umso klarer ihr Standort und der von Leuten, die damit dankbar und schadenfroh im Trüben fischen.

OG Stuttgart gegründet

Das Stuttgarter Komitee der ROTEN HILFE hat seit November seine Arbeit als Ortsgruppe weitergeführt. Besonders auf den Veranstaltungen zum Vorgehen des Staatsapparates gegen die Gefangenen aus der RAF hatte das Komitee viele neue Mitglieder gewonnen, darunter Arbeiter und Werktätige.

NEUE ADRESSE DES ZENTRALVORSTANDS: 46 DORTMUND, BURCHOLDSTR. 13

- Nordrhein-Westfalen:**
Landesvorstand: 46 Dortmund, Heroldstr. 50, Tel.: 231/81 37 63, Montag 17-19 Uhr
Ortsgruppen: Köln: 5 Köln, Severinstr. 55, Dienstag, 17. 30-19 Uhr
Dortmund: 46 Dortmund, Heroldstr. 50, Montags 19 Uhr
Siegen: Kontaktadresse: Günter Will, 5242 Kirchen/Sieg, Hochstr. 12, Pf. 65
RH-Initiative Münster: Sitzung jeden Dienstag, 19. 30 Uhr, Gaststätte Krogenbau Hammerstr. 37
- Bayern:**
Landesvorstand: 8 MU 8, Milchstr. 21, Sprechstunde: Mittwoch 17-19 Uhr
Ortsgruppen: München: 8-80, Milchstr. 21, Mittwoch 19 Uhr
Augsburg: A Augsb.-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Freitag 20 Uhr
Nürnberg: "S'iberner Amboß", Auststr. 19, Mittwoch 19, 30 Uhr
- Hessen:**
Landesvorstand: 6 Frankfurt-Bockenheim, Mühlgasse 26, Tel.: 0611 / 77 65 01 (Mi+Mo 17-19 Uhr
Sitzung Dienstag 20 Uhr
Ortsgruppe Frankfurt: " " " " Sprechstunde Samstag 14-16 Uhr
- Nord:**
Landesvorstand: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, Tel.: 040/39 26 73 (Di+Fr. 17-19 Uhr)
Ortsgruppen 2 Hamburg 6, Schulterblatt/Schanenstr. Im "Bierhaus", Mittwoch 19, 30 Uhr
Bremen: Gaststätte "Zur Eiche", Bremen-Vegesack
- Baden-Württemberg:**
Kontakt: ROTE HILFE c/o Internationale Buch- und Zeitschriftenhandlung
7 Stuttgart, Haubmannstr. 122 a
Ortsgruppenitzung: Stuttgart-Cannstatt, Gaststätte "Rosenau", Hallstr., Freitag 17 Uhr
- Westberlin:**
Landesvorstand: 1 Berlin 65, Togostr. 78, Tel.: 030/45 23 021 (Di Fr. 17-19 Uhr)
Der Landesvorstand kann Euch auch die Termine der Ortsgruppen Moabit, Wedding, Neukölln und Kreuzberg, sowie ihre Sprechstunden geben.



Neues Ermittlungsverfahren gegen D. Kunzelmann

Die Staatsanwaltschaft hat gegen Dieter Kunzelmann ein Ermittlungsverfahren wegen "Verstoß gegen § 129" eingeleitet. Grundlage dafür sind Schriftstücke, die bei der Zellenrazzia am 14. 8. 1 schlaghaft wurden, und aus denen sich ergeben soll, daß D. Kunzelmann unerlaubten Kontakt zu anderen Gefangenen hatte. Darauf folgt für die Reaktion: Unterstützung und Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung im Gefängnis! Freiheit für D. Kunzelmann

Der vor einigen Wochen zwangsurlaubte Anstaltsarzt Borz treil wieder sein Unwesen in Tegel. Diesmal im Reformvollzug in H IV. Die Bourgeoisie glaubt sich Zeit in der Offensive und will Ege der Gefangenen rückgängig machen. Doch der Kampf für eine reichende medizinische Versorgung in dem die ROTE HILFE seit Monaten gemeinsam mit den Gefangenen steht, geht weiter. Borz muß weg. Die Aufstellung von Dieter Kunzelmann als Wahlkandidat der KPD wird die Kampfkraft stärken!

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.
Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name:
Geburtsdatum:
Beruf:
Wohnort:
Straße:
Unterschrift:

Konto-Nr. 001 096 214 Stadtparkasse Dortmund.

BESTELLSCHEin

Ich bestelle ab die ROTE HILFE Zeitschrift zum Abonnements-Preis von:

Halbjährlich	DM 4.80
Jährlich	DM 9.60
Fördererabonnement	DM 20.- jährlich

..... Stück Programm und Statut der ROTEN HILFE zum Preis Stück I. - DM:

Das Geld habe ich im voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE, Postfach Dortmund 37683 - 367 überwiekt

Name:
Adresse:
Beruf:
Unterschrift:

Bitte senden an:
ROTE HILFE
46 Dortmund, Burcholdstr. 13

Gesinnungsjustiz braucht keine Indizien

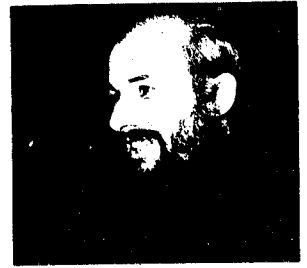
"Der Richter wird das Urteil im Namen des Volkes sprechen und dies wird bereits die erste Lüge sein!" (Gen. Mahler in seinem Schlusswort). Die "Beweisführung" für die Beteiligung von Horst Mahler und Ulrike Meinhof an der Befreiung Andreas Baaders hörten nur noch die Kommentatoren der bürgerlichen Presse. Die Öffentlichkeit war von der Urteilsverkündung ausgeschlossen worden, als lautstark gegen die Urteile protestiert wurde: 8 Jahre für Ulrike Meinhof. Beweis: Ihr "Befreiungsfanatismus", ihr Bekenntnis zum gewaltsamen Kampf gegen den Imperialismus, ihre Konzeption des "Stadtguerilla" - ihre politische Gesinnung also. Insgesamt 14 Jahre für Horst Mahler (unter Einbeziehung einer anderen Verurteilung zu 12 Jahren Gefängnis). Beweis: Allem voran die "innigste Verstrickung" mit der RAF, Teilnahme an der Stadtteilarbeit im Märkischen Viertel und an der "konspirativen Arbeit", "zentrale Figur in der APO", "Chefideologe" der RAF. Die Gesinnungsjustiz stellt sich damit bloß: Mahler hat politisch gearbeitet, zudem noch organisiert - das ist schon kriminell. Wer aber auch noch konspirativ arbeitet, ist doppelt kriminell! Diese Logik wird umso deutlicher, wenn man sich die übrigen "Indizien" ansieht:

1. Mahler habe zugelassen, daß Kfz-Papiere von ihm mißbraucht wurden. Der (Spitzel) Urbach habe ihn sogar zu einer Waffensuche an einem geheimen Ort überreden können.
2. Mahler habe schon 10 Minuten nach der Verhaftung Baaders bei

gleichen unverfrorenen Begründung hätte aburteilen können, zog das Gericht es vor, ihn als "kleinen Mitläufer", der "sich in den Strudel der Rechtsfeindlichkeit der beiden anderen mit hineinziehen lassen", einzustufen und freizuschützen!

nen der Angeklagten gegen die herrschende Klasse verteuflert, erklärte er im gleichen Atemzug, die Baader-Befreiung sei "keine revolutionäre Aktion, sondern eine miese kriminelle Tat" gewesen. Sie sei nicht gegen die "herrschende Klasse gerichtet!", sondern habe "einen einfachen Mann aus dem Volk getroffen". Da steht also die herrschende Klasse, da steht die Klassenjustiz auf der Seite des Volkes und schützt den "einfachen Mann" vor der RAF! Der Richter Hüller stellt damit nur unter Beweis, welcher Abgrund zwischen seiner Meinung und den Ansichten in der Arbeiterschaft liegt. Die Arbeiterklasse fühlt sich durch die RAF nicht "bedroht", weil sie nicht in den militärischen Hauptquartieren, in den Justizgebäuden, in den Unternehmenszentralen sitzt, gegen die sich die Aktionen der RAF richten. Und kein Arbeiter, sondern führende Repräsentanten des imperialistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsapparates fordern Polizeischutz!

Die Arbeiterklasse verurteilt die Politik der RAF deshalb, weil diese Politik Ausdruck der Verachtung der Werktätigen und ihrer alltäglichen Kämpfe in Betrieb und Wohngebiet ist, weil der individuelle Terror nicht das strategische Mittel der Volksmassen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.



Der Eintritt Horst Mahlers in die ROTE HILFE war die Konsequenz aus seiner Kritik an der sektiererischen Politik der RAF. 4000 Exemplare der Erklärung Horst Mahlers, die in einer Broschüre der ROTEN HILFE veröffentlicht wurde, sind verkauft. Für die vielen weiteren Interessenten, die uns angeschrieben haben, kündigen wir die Broschüre nochmals an:

1. "Um die Reihen zu schließen, organisiert die solidarische Kritik an der sektiererischen Linie der RAF" (Erklärung H. Mahler)
2. Revolutionäre Gewalt ist Gewalt durch die Massen! (Stellungnahme der ROTEN HILFE)
3. Erklärung von Dieter Kunzelmann
4. ROTE HILFE: Zum bevorstehenden RAF-Prozeß in Stammheim
5. Programm der ROTEN HILFE

32 S., 1,50 DM Zu beziehen über: ROTE HILFE-Vertrieb, 46 Dortmund, Burgholzstr. 13

"Bedroht" fühlt sich der Arbeiter heute von denen, die die Arbeitslosigkeit planen, die Polizei in streikende Betriebe schicken, die fortschrittliche Arbeiter vor Gericht zerren. Sie können die Werktätigen nicht für dumm verkaufen, Herr Hüller! Sie haben mit ihrer wohlbekannten - Theorie der "Volksgemeinschaft" des "kleinen Mannes" mit den Herrschenden die Gesinnung des Gerichts prächtig offenbart! LV Westberlin



Westberlin: 400 demonstrierten vor der Urteilsverkündung

der Polizei angerufen und sich nach ihm "erkundigt".

3. Mahler habe als Anwalt Andreas Baader auch nach seiner Verurteilung in 6 Wochen 10mal besucht.
4. Er habe sich für eine Besuchserlaubnis für U. Meinhof eingesetzt und zudem durch "seine eloquente Beredsamkeit" den Anstaltsleiter Glaubrecht überredet, Baader auszuführen.
5. Mahler sei nach der Tat untergetaucht.
6. Monika Berberich habe Mahler in dem Prozeß vorgeworfen, daß er sich mit seinem Eintritt in die ROTE HILFE einen Freispruch "erschleichen" wolle. Also gehe auch die RAF davon aus, daß Mahler an der Baader-Befreiung beteiligt war. Wahrlich großartige Indizien! Es ist dieselbe dünne Tünche, mit der auch im ersten Prozeß gegen H. Mahler "Rechtsstaatlichkeit" vorgetäuscht werden soll. Obwohl man H. J. Bäcker mit der

sprechen. Der Schein der "Objektivität" wird gewahrt, die Klassenjustiz hofft, H. J. Bäcker nun für ihre Ziele - etwa als Zeuge - mißbrauchen zu können.

Der Bourgeoisie kam es in diesem Prozeß darauf an, mit der Verurteilung vor allem von U. Meinhof Hilfsdienste zum bevorstehenden Prozeß gegen den sog. Kern der RAF zu leisten. Nur wenn die dort Angeklagten zu denen U. Meinhof gehört, von vorneherein als "Kriminelle" gebrandmarkt sind, wird auch in diesem Prozeß der Mangel an Beweisen kein Hindernis dafür sein, die beabsichtigten lebenslänglichen Gefängnisstrafen auszusprechen.

Dem Richter Hüller war deshalb auch keine demagogische Verdrehung zu schlecht, um dieses Ziel zu erreichen: Hatte er zur Begründung der Strafe immer wieder die politischen Ideen, die ant imperialistische Gesinnung und die Aktio-

EIN PROZESSBESUCH

Am Tag der Urteilsverkündung kamen wir gegen 7.30 an und fanden erst mal keinen Parkplatz, weil sämtliche umliegenden Straßen von Bullen besetzt waren. Im Park war eine Reiterstaffel, gegenüber dem Gericht 2 Wasserwerfer, auf dem Dach des gegenüberliegenden Hauses die bekannten Scharfschützen, überall schwerbewaffnete Patrouillen. Wir stellten Bildtafeln, die die volksfeindlichen Unterdrückungsmaßnahmen dokumentierten, vorm Gerichtseingang auf und verkauften Prozeßinfos. Von den etwa 150 Menschen, mit denen wir diskutierten, kamen nur 52 rein. Während die Rechtsanwälte Eschen und Rover aufs schärfste gegen die letzten Polizeiaktionen (Durchsuchungen der Anwaltsbüros, der Zellen von Mahler und Bäcker, der Angeklagten selbst bis zur vollständigen Entkleidung!) protestierten, forderten

die ausgeschlossenen Prozeßbesucher in Sprechchören den Freispruch der Angeklagten und die Beendigung der Bürgerkriegsmanöver der Polizei!

Die Verkündung der Urteile unterbrach ein ohrenbetäubender Protestschrei im Zuschauerraum. Ein trotz der schikanösen und peinlichen Durchsuchung mitgebrachtes Transparent wurde entrollt: "Weg mit den Gesinnungsurteilen!" Richter Hüller ließ von den bereitstehenden Polizeitruppen die Zuschauer raustragen und rausschlagen.

Sofort bildete sich ein spontaner Demonstrationsszug zum U-Bahnhof Turmstraße. 150 Menschen beteiligten sich. Auf der kurzen Abschlusskundgebung wurden fast 200 Prozeßinfos verkauft.

Das Prozeßkomitee arbeitet weiter - gegen eine Justiz, die die tausendfachen Nazi-Mörder frei herumlaufen läßt und gleichzeitig alles tut, um den Kampf gegen die imperialistische Ausbeuterordnung zu kriminalisieren!